

JAN ASMUS BISCHOFF

Die Europäische Gemeinschaft  
und die Konventionen des  
einheitlichen Privatrechts

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

243

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

243

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann





Jan Asmus Bischoff

Die Europäische Gemeinschaft und  
die Konventionen des einheitlichen  
Privatrechts

Mohr Siebeck

*Jan Asmus Bischoff*, geboren 1980; 2000–2005 Studium der Rechtswissenschaft in Hamburg und 2007–2008 in New York; 2009 Promotion; derzeit Referendar am Hanseatischen Oberlandesgericht.

e-ISBN PDF 978-3-16-151428-9

ISBN 978-3-16-150309-2

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

*Meiner Mutter und meinem Bruder*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2009/2010 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Die Arbeit berücksichtigt die Rechtslage vor dem Inkrafttreten des Lissaboner-Vertrages, wobei allerdings auf die Perspektiven unter dem AEUV hingewiesen wird, soweit sie zugleich von Aufschluss für das Verständnis des EG-Vertrags sind.

Mein besonderer Dank gilt zuvörderst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow, LL.M. (Harvard), auf dessen Anregungen das Thema dieser Arbeit zurückgeht. Insbesondere möchte ich ihm dafür danken, mir die Gelegenheit eingeräumt zu haben, als Assistent am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht tätig zu sein. Es gibt wohl keinen zweiten Ort, an dem ein gutes Miteinander, eine einzigartige Sachausstattung und die Möglichkeiten einer intellektuellen Bereicherung durch die dort versammelten Mitarbeiter so vereint zu finden sind. Dem Zweitgutachter, Herrn Professor Dr. Peter Mankowski, möchte ich für die sehr schnelle Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Ferner gilt mein Dank den folgenden Personen: den Referenten am Institut Herrn Dr. Anatol Dutta, M. Jur. (Oxon) und Herrn Dr. Christian Heinze LL.M. (Cambridge) für ihre Duldsamkeit, jederzeit meine Fragen zum IPR, die sich mir durch die völkerrechtliche Vorprägung häufig stellten, umfassend zu beantworten; meinem Studienkollegen Herrn Rechtsanwalt Dr. Ralf Hangebrauck für das Korrekturlesen der Arbeit.

Diese Arbeit widme ich meiner Familie und Allen voran meinem Bruder und meiner Mutter, welche während meiner gesamten Ausbildung trotz aller widrigen Lebenslagen konsequent ihre eigenen Belange hintangestellt hat.

Hamburg, im Dezember 2009

*Jan Asmus Bischoff*





# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis .....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Einleitung .....	1
Kapitel 1: Konventionsprivatrecht und Gemeinschaftsprivatrecht – Zwei unterschiedliche Ansätze der internationalen Privatrechtsvereinheitlichung .....	25
§ 1. Grundlagen der Privatrechtsvereinheitlichung durch völkerrechtliche Verträge .....	25
§ 2. Grundlagen der Angleichung des Privatrechts auf gemeinschaftsrechtlicher Ebene .....	62
Kapitel 2: Beziehungen zwischen dem Konventionsprivatrecht und der Privatrechtsvereinheitlichung durch die Europäische Gemeinschaft .....	95
§ 3. Verhältnis der Privatrechtsangleichung durch die Gemeinschaft zu dem Konventionsprivatrecht .....	95
§ 4. Die Kompetenzen der Gemeinschaft zum Abschluss einheitsrechtlicher Übereinkommen .....	126
Kapitel 3: Privatrechtsvereinheitlichende Verträge der Europäischen Gemeinschaft .....	191
§ 5. Völkerrechtliche Verträge der Europäischen Gemeinschaft .....	191
§ 6. Folgerungen für die unmittelbare Beteiligung der EG an privatrechtsvereinheitlichenden Konventionen .....	259
Kapitel 4: Privatrechtsvereinheitlichende Verträge der Mitglied- staaten und ihre Bedeutung für das Gemeinschaftsrecht .....	305
§ 7. Privatrechtsvereinheitlichende Verträge der Mitgliedstaaten im Interesse der Gemeinschaft .....	305
§ 8. Bindung der Gemeinschaft an die Altverträge ihrer Mitgliedstaaten .....	319

Kapitel 5: Bewertung der Formen der Beteiligung der EG an der internationalen Privatrechtsvereinheitlichung.....	335
§ 9. Die EG als Akteur in der internationalen Privatrechtsvereinheitlichung.....	335
§ 10. Folgerungen und Bewertung des Verhältnisses von Gemeinschaftsrecht und Konventionsprivatrecht .....	357
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Arbeit.....	391
Annex A: Mitgliedschaften in internationalen Organisationen der Rechtsvereinheitlichung.....	397
Annex B: Beteiligung an universellen Konventionen .....	399
Annex C: Beteiligung an regionalen Konventionen .....	422
Literaturverzeichnis .....	435

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XXI
Einleitung .....	1
A. Problemstellung .....	2
B. Begriffe und Definitionen – Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes .....	4
I. Einheitsrecht und Einheitsprivatrecht .....	4
II. Konvention des Einheitsprivatrechts und internationale Organisation der Privatrechtsvereinheitlichung .....	7
III. Gemeinschaft und Gemeinschaftsprivatrecht .....	10
IV. Anwendbarkeit und Geltung .....	10
1) Unmittelbare Anwendbarkeit und innerstaatliche bzw. innergemeinschaftliche Geltung .....	10
2) Implementation .....	13
3) Anwendungsbereich sowie Geltungsbereich .....	14
V. Zustimmung zum Verträge .....	15
C. Ziele der Rechtsvereinheitlichung als evaluatives Kriterium sowie Folgerungen für die Untersuchung .....	15
D. Gang der Untersuchung .....	23
Kapitel 1: Konventionsprivatrecht und Gemeinschaftsprivatrecht – Zwei unterschiedliche Ansätze der internationalen Privatrechtsvereinheitlichung .....	25
§ 1. Grundlagen der Privatrechtsvereinheitlichung durch völkerrechtliche Verträge .....	25
A. Historische Entwicklung der Schaffung von Einheitsprivatrecht durch völkerrechtliche Verträge .....	25
B. Internationale Institutionen und ihre Rolle im Prozess der Privatrechtsvereinheitlichung .....	29
I. Internationale Organisationen der Privatrechtsvereinheitlichung .....	29
1) Die Familie der Vereinten Nationen .....	30
2) International Institute for the Unification of Private Law (Unidroit) .....	35

3) Haager Konferenz für Internationales Privatrecht .....	35
4) Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) .....	36
5) Welthandelsorganisation (WTO) .....	36
6) Internationale Atomenergieorganisation (IAEO).....	37
7) Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).....	37
8) Europarat .....	38
9) Internationalen Zivilstandskommission (CIEC).....	39
II. Der Prozess der Privatrechtsvereinheitlichung und die Bedeutung internationaler Organisationen hierin .....	39
III. Formen der Beteiligung am Prozess der Privatrechtsvereinheitlichung .....	41
C. Sachgebiete der Übereinkommen des Einheitlichen Privatrechts .....	44
I. Schuld- und Handelsrecht .....	44
II. Haftungsrecht .....	45
III. Verkehrs- und Transportrechtliche Übereinkommen.....	46
IV. Recht des geistigen Eigentums .....	48
V. Wertpapierrecht.....	49
VI. Arbeitsrecht.....	50
VII. Internationales Privat- und Zivilprozessrecht .....	50
VIII. Familien-, Erb- und Personenstandsrecht .....	51
D. Eigenheiten des Einheitsprivatrechts als Regelungsgegenstand völkerrechtlicher Verträge.....	51
I. Einheitsrecht als Bestandteil des Völkerrechts .....	52
II. Einheitsprivatrecht als Bestandteil der nationalen Rechtsordnungen einiger EG-Mitgliedstaaten .....	55
E. Herausforderungen für das Konventionsprivatrecht .....	58
§ 2. Grundlagen der Angleichung des Privatrechts auf gemeinschaftsrechtlicher Ebene.....	62
A. Historische Entwicklung der Privatrechtsangleichung auf Ebene der Gemeinschaft.....	62
B. Ziele, Mittel und Methoden der Gemeinschaft für die Rechtsangleichung.....	63
I. Grundprinzipien der Kompetenzordnung der EG.....	65
1) Grundsatz der begrenzten Ermächtigung (Art. 5 UAbs. 1 EG, Art. 5 EU) .....	65
2) Subsidiaritätsprinzip (Art. 5 UAbs. 2, 3 EG) .....	66
3) Prinzip der praktischen Wirksamkeit .....	68
4) Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit gemäß Art. 10 EG .....	70

II.	Stellung des Gemeinschaftsrecht in den Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten.....	71
III.	Mittel der Gemeinschaft zur Rechtsvereinheitlichung .....	73
IV.	Verfahren und Organe.....	74
C.	Absicherung der einheitlichen Anwendung des Gemeinschaftsrechts insbesondere durch die Gemeinschaftsgerichte .....	75
I.	Institutionelle Absicherung der einheitlichen Auslegung .....	75
II.	Methodische Absicherung der einheitlichen Auslegung .....	78
D.	Kompetenzen der Gemeinschaft im Bereich der Privatrechtsvereinheitlichung .....	79
I.	Vertikale Kompetenzen zur Vereinheitlichung .....	80
II.	Horizontale Kompetenzen zur Vereinheitlichung .....	82
III.	Befugnis zur Rechtsangleichung mit außergemeinschaftlichem Bezug (sogenannte Drittstaaten-sachverhalte) .....	87
E.	Stand, Herausforderungen und Perspektiven des Gemeinschaftsprivatrechts .....	89
	Kapitel 2 .....	95
Kapitel 2:	Beziehungen zwischen dem Konventionsprivatrecht und der Privatrechtsvereinheitlichung durch die Europäische Gemeinschaft .....	95
§ 3.	Verhältnis der Privatrechtsangleichung durch die Gemeinschaft zu dem Konventionsprivatrecht .....	95
A.	Einheitsrechtlicher „acquis communautaire“ .....	95
I.	Status der EG in privatrechtsvereinheitlichenden Organisationen .....	95
II.	Beteiligung der EG an Konventionen des Einheitsrechts .....	100
1)	Geistiges Eigentum .....	100
2)	Internationales Privat- und Verfahrensrecht .....	102
3)	Transportrecht .....	103
4)	Haftungsrecht .....	105
III.	Beteiligung der Mitgliedstaaten an einheitsrechtlichen Konventionen .....	105
1)	Einheitsrechtlicher Bestand in den Mitgliedstaaten .....	105
2)	Konzertierte Zustimmung .....	107
a)	Informelle Koordination .....	107
b)	Koordination durch Ermächtigung zur Ratifikation bzw. Beitritt im Interesse der Gemeinschaft .....	110
IV.	Zwischenergebnis .....	112

B.	Positiver Einfluss und Wechselwirkungen oder Konkurrenz zwischen universellem und regionalem Ansatz? .....	112
I.	Konventionsprivatrecht als Vorlage und Mittel zur Ergänzung des Gemeinschaftsrechts.....	113
II.	Konkurrenz von Konventionsprivatrecht und Gemeinschaftsrecht.....	116
III.	Konflikte zwischen Gemeinschaftsrecht und Konventionsprivatrecht.....	118
IV.	Probleme institutioneller Art.....	122
V.	Zwischenergebnis .....	122
C.	Folgefragen für die weitere Untersuchung .....	123
§ 4.	Die Kompetenzen der Gemeinschaft zum Abschluss einheitsrechtlicher Übereinkommen .....	126
A.	Grundzüge der Kompetenzverteilung in der Gemeinschaft in Bezug auf völkerrechtliche Verträge.....	126
I.	Ausdrückliche und implizite Vertragsschlusskompetenzen .....	127
II.	Verhältnis der gemeinschaftlichen Kompetenzen zu denen der Mitgliedstaaten .....	128
1)	Ausschließliche Kompetenzen .....	128
2)	Nichtausschließliche Kompetenzen .....	129
a)	Konkurrierende Kompetenzen.....	129
b)	Parallele Kompetenzen .....	131
c)	Gemischte oder geteilte Kompetenzen .....	132
3)	Materielle Handlungsverbote sowie -verpflichtungen aus Art. 10 EG.....	135
4)	Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit .....	138
III.	Wahl der Kompetenzgrundlage .....	139
B.	Implizite Vertragsschlusskompetenzen nach der AETR-Rechtsprechung .....	139
I.	Ausschließlichkeit der Außenkompetenzen und Sperrwirkung.....	142
1)	Ausschließlichkeit nach der AETR-Doktrin .....	142
2)	Ausschließlichkeit nach der 1/76-Doktrin.....	147
II.	Umfang der Außenkompetenzen .....	150
III.	Zwischenergebnis .....	157
C.	Ausnahmen von der Kompetenzverteilung .....	158
I.	Ausnahme für Altabkommen nach Art. 307 EG.....	158
1)	Inhalt und Umfang der Regelung des Art. 307 EG .....	159
2)	Anpassungspflichten nach Art. 307 UAbs. 2 EG.....	161

3) Zeitlicher Anwendungsbereich des Art. 307 UAbs. 1 EG und analoge Anwendung .....	163
II. Abschluss von Verträgen durch die Mitgliedstaaten mit Ermächtigung und im Interesse der Gemeinschaft und Sachwalterschaft .....	167
III. Rückübertragung von Außenkompetenzen durch Sekundärrechtsakt .....	169
IV. Abschluss von Verträgen für gemeinschaftsexterne Territorien sowie Besonderheiten für Dänemark, Irland und Großbritannien .....	170
D. Folgerungen für die Außenkompetenzen der Gemeinschaft im Hinblick auf privatrechtsvereinheitlichende Übereinkommen .....	171
I. Schuld- und Handelsrecht .....	172
II. Haftungsrecht .....	175
III. Verkehrs- und Transportsrechtliche Übereinkommen .....	175
IV. Recht des geistigen Eigentums .....	176
V. Arbeitsrecht .....	178
VI. Internationales Privatrecht und internationales Zivilprozessrecht und Implikationen von Kompetenzen für das materielle Recht .....	180
E. Gerichtliche Zuständigkeiten und Verfahren mit völker- rechtlichen Verträgen als Gegenstand vor den Gemein- schaftsgerichten .....	184
I. Allgemeine Verfahren .....	184
II. Besondere Verfahrensart für völkerrechtliche Verträge .....	186
III. Übertragung der Auslegungszuständigkeit durch völkerrechtliche Verträge .....	188
F. Zwischenergebnis und Folgerungen .....	189
Kapitel 3 .....	191

### Kapitel 3: Privatrechtsvereinheitlichende Verträge der

Europäischen Gemeinschaft .....

§ 5. Völkerrechtliche Verträge der Europäischen Gemeinschaft .....	191
A. Die EG im Kreise völkerrechtlicher Staatenverbindungen .....	191
I. Erklärungsmodelle für die EG in der Wissenschaft .....	192
II. Regelungen in privatrechtsvereinheitlichenden Übereinkommen .....	196
III. Folgerungen für die EG als Völkerrechtssubjekt .....	199
1) Theoretische Ansätze zur Begründung der Rechtsfähigkeit internationaler Organisationen .....	201
2) Umfang der Rechtsfähigkeit der EG .....	204



IV.	Folgen einer Übertragung von Rechtsfähigkeit auf internationale Organisationen für die Mitgliedstaaten.....	210
B.	Formelle Fragen des Abschlusses völkerrechtlicher Verträge durch internationale Organisationen.....	211
I.	Maßgebliches Rechtsregime für Verträge internationaler Organisationen.....	211
II.	Organkompetenz zu Verhandlung und Abschluss.....	214
III.	Abschlussverfahren.....	216
	1) Ausarbeitung und Annahme des Vertragstextes .....	216
	2) Erklärung der Zustimmung zum Verträge .....	216
C.	Vertragsschlussverfahren in der EG.....	218
I.	Verträge ausschließlich der Gemeinschaft.....	218
II.	Gemischte Verträge .....	221
	1) Aushandlung und Abschluss .....	221
	2) Erfordernis der Vollständigen Ratifikation durch die Mitgliedstaaten .....	225
	3) Vertragsänderungen .....	227
D.	Bindungswirkung und Geltungsbereich völkerrechtlicher Verträge internationaler Organisationen einschließlich der Gemeinschaft.....	228
I.	Völkerrechtliche Bindungswirkung von Verträgen internationaler Organisationen einschließlich der Gemeinschaft .....	228
	1) Unmittelbare Bindung der Mitgliedstaaten an völkerrechtliche Verträge der internationalen Organisation .....	229
	2) Haftung der Mitgliedstaaten für die Verpflichtungen der Organisation.....	230
II.	Räumlicher Geltungsbereich und organisationsinterne Geltung von Verträgen internationaler Organisationen.....	233
III.	Gemeinschaftsrechtliche Bindungswirkung völkerrechtlicher Verträge der Gemeinschaft.....	235
	1) Rechtsprechung des EuGH zur innergemeinschaftlichen Wirksamkeit sowie zur unmittelbaren Anwendbarkeit .....	235
	2) Würdigung der Rechtsprechung.....	239
	3) Bindungswirkung von gemeinschaftsrechtswidrigen Verträgen.....	242
IV.	Bindungsreichweite und innergemeinschaftliche Geltung gemischter Verträge der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten.....	242
	1) Völkerrechtliche Bindungswirkung gemischter Verträge.....	243

a)	Spezielle Regelungen, insbes. Zuständigkeits- erklärungen .....	243
b)	Keine Zuständigkeitserklärung .....	247
c)	Unvollständige Beteiligung der Mitglied- staaten .....	251
2)	Innergemeinschaftliche Geltung .....	253
a)	Rechtsprechung des EuGH .....	253
b)	Würdigung der Rechtsprechung .....	255
§ 6.	Folgerungen für die unmittelbare Beteiligung der EG an privatrechtsvereinheitlichenden Konventionen.....	259
A.	Umfang der Rechte und Pflichten von Gemeinschaft und Mitgliedstaaten .....	259
I.	Zustimmung zum Vertrag und Inkrafttreten .....	259
II.	Bindung der Mitgliedstaaten im Falle eines Beitritts nur der EG .....	261
III.	Internationaler Anwendungsbereich und Verweisungsnormen .....	262
IV.	Räumlicher Geltungsbereich und Anwendungsbereich.....	266
B.	Problematik des unvollständig gemischten Beitritts .....	271
I.	Räumlicher Geltungsbereich und territorialer Anwendungsbereich.....	272
II.	Gemeinschaftsinterne Geltung nach Art. 300 Abs. 7 EG .....	274
III.	Bestehen einer Verpflichtung zur Zustimmung .....	275
1)	Zulässigkeit einer Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Tätigwerden nach außen.....	275
2)	Verpflichtung zur Zustimmung ipso iure .....	279
C.	Problematik der Anwendbarkeit auf gemeinschaftsinterne Sachverhalte und Möglichkeit von Abweichungen.....	280
I.	Problematik der Anwendbarkeit auf gemeinschaftsinterne Sachverhalte .....	281
II.	Völkerrechtliche Möglichkeiten der internen Abweichungen .....	282
1)	Vertragsklauseln bzw. Abkoppelungsklauseln .....	282
2)	Inter se-Verträge.....	285
3)	Vorbehalte .....	285
4)	Zwischenergebnis.....	286
D.	Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine Beteiligung der EG an bestehenden Verträgen .....	286
I.	Völkerrechtliche Vertragsfreiheit und Begrenzung des Teilnehmerkreises .....	286
II.	Auslegung von Beitrittsklauseln .....	289

1) Wortlaut Contra Praxis der Beteiligung von nichtstaatlichen Völkerrechtssubjekten.....	289
2) Möglichkeiten einer „dynamischen Interpretation“ von Beitrittsregelungen .....	291
3) Bewertung und Folgerungen für die EG .....	293
III. Vertragsänderungen zugunsten der EG.....	297
1) Förmliche Vertragsrevision.....	297
2) Formlose Vertragsänderung .....	299
IV. Grenzen der Vertragsfreiheit: Anspruch auf Aufnahme? .....	300
E. Zwischenergebnis .....	302
Kapitel 4: Privatrechtsvereinheitlichende Verträge der Mitgliedstaaten und ihre Bedeutung für das Gemeinschaftsrecht .....	305
§ 7. Privatrechtsvereinheitlichende Verträge der Mitgliedstaaten im Interesse der Gemeinschaft .....	305
A. Praxis der Ermächtigung zum Vertragsschluss im Interesse der Gemeinschaft.....	306
I. Zeitliche Vorgaben für das Zustimmungsverfahren .....	307
II. Inhaltliche Vorgaben: Abgabe von Erklärungen die das Verhältnis des Übereinkommens zum Gemeinschaftsrecht betreffen .....	308
B. Völkerrechtliche Bindungswirkung.....	311
C. Gemeinschaftsrechtliche Rechtswirkungen.....	312
D. Folgefragen und Bewertung .....	315
I. Verpflichtender Charakter der Ermächtigung? .....	315
II. Zulässigkeit von internen Abweichungen.....	316
E. Zwischenergebnis .....	318
§ 8. Bindung der Gemeinschaft an die Altverträge ihrer Mitgliedstaaten.....	319
A. Bindungswirkung von Altverträgen der Mitgliedstaaten .....	320
I. Rechtsprechung des EuGH zur Bindung der EG an die Altverträge .....	320
II. Würdigung der Rechtsprechung .....	322
1) Völkerrechtliche Auswirkungen von Verträgen der Mitgliedstaaten auf ihre internationale Organisationen .....	322
2) Gemeinschaftsrechtliche Wirkungen .....	325
B. Folgerungen für privatrechtsvereinheitlichende Abkommen der Mitgliedstaaten .....	326
I. Gestaltung des Verhältnisses zwischen Gemeinschaftsrecht und Abkommen .....	326

II.	Möglichkeiten einer einheitsrechtlichen „Rechtsbereinigung“ durch Verpflichtung zur Zustimmung zu oder zur Kündigung von Übereinkommen .....	328
1)	Möglichkeit der Herbeiführung einer geschlossenen Beteiligung der Mitgliedstaaten .....	329
2)	Kündigungspflichten .....	329
3)	Aufnahme von Verpflichtungen zur Beteiligung und Kündigung in den <i>acquis communautaire</i> .....	331
C.	Bewertung und Zwischenergebnis .....	332
Kapitel 5:	Bewertung der Formen der Beteiligung der EG an der internationalen Privatrechtsvereinheitlichung .....	335
§ 9.	Die EG als Akteur in der internationalen Privatrechtsvereinheitlichung .....	335
A.	Zuständigkeit der Gemeinschaft zur Aufnahme von Beziehungen zu internationalen Organisationen .....	336
I.	Beteiligungsformen und Kompetenzen .....	336
1)	Beteiligungskompetenz nach den Artt. 302 ff. EG et al. ....	336
2)	Assoziationskompetenz gemäß Art. 310 EG .....	338
3)	Mitgliedschaft .....	338
4)	Folgerungen für die Außenkompetenzen der Gemeinschaft im Hinblick auf privatrechtsvereinheitlichende internationale Organisationen .....	340
II.	Verbands- und Organkompetenz .....	340
1)	Sachkompetenz .....	340
2)	Wahrnehmungskompetenz .....	341
B.	Ausgestaltung der Beteiligung der EG in internationalen Organisationen .....	343
I.	Mitgliedschaftliche Beteiligungsformen .....	343
1)	Mitgliedschaftsstatus und Parallelen zum Vertragsrecht .....	343
2)	Arbeit in der Organisation und Stimmrechte .....	345
3)	Grundlagengeschäfte und Finanzierung .....	347
II.	Beteiligungsformen unterhalb der Mitgliedschaft .....	348
C.	Folgerungen einer Beteiligung der EG für die Arbeit einer internationalen Organisation .....	350
I.	Der Status der Gemeinschaft und seine Bedeutung .....	350
II.	Struktur der Gemeinschaft und deren Auswirkung auf den Meinungsbildungsprozess / Institutionelle Dynamik .....	353

III. Zusammenfassung und Folgerungen .....	355
§ 10. Folgerungen und Bewertung des Verhältnisses von Gemeinschaftsrecht und Konventionsprivatrecht .....	357
A. Gemeinschaftsgerichtsbarkeit und einheitsrechtliche Übereinkommen .....	357
I. Auswirkungen der Beteiligungsform auf die Gemeinschaftsgerichtsbarkeit .....	358
1) Übereinkommen unter unmittelbarer Beteiligung der EG .....	358
2) Übereinkommen der Mitgliedstaaten im Interesse der Gemeinschaft.....	359
3) Altübereinkommen der Mitgliedstaaten.....	360
II. Methode .....	361
III. Folgerungen .....	363
B. Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und einheitsrechtlichen Übereinkommen .....	365
I. Bewertung der Ansätze de lege lata zur Koordinierung im Lichte der Ziele der Privatrechtsvereinheitlichung.....	366
1) Internationales Verfahrensrecht .....	367
2) Kollisionsrecht .....	370
3) Materielles Privatrecht .....	370
II. Möglichkeiten de lege ferenda.....	371
C. Folgerungen für die völkerrechtlichen und gemein- schaftsrechtlichen Rahmenbedingungen .....	376
I. Unzulänglichkeiten der Behandlung regionaler Organisationen wie der EG im Völkerrecht.....	376
II. Adaption der gemeinschaftsrechtlichen Kompetenzverteilung.....	381
1) Vermeidung gemischter Kompetenzen de lege lata.....	382
2) Neukonzeption der Außenkompetenzen de lege ferenda.....	384
D. Schluss und Ausblick .....	387
 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Arbeit.....	 391
 Annex A: Mitgliedschaften in internationalen Organisationen der Rechtsvereinheitlichung.....	 397
Annex B: Beteiligung an universellen Konventionen .....	399
Annex C: Beteiligung an regionalen Konventionen .....	422
Literaturverzeichnis .....	435

## Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
ABl.	Amtsblatt
AcP	Archiv für civilistische Praxis
ADI	Annuaire de l'Institut de Droit International
AETR	European Agreement concerning the Work of Crews of Vehicles in International Road Transport (AETR) vom 1.7.1970, 993 UNTS 144
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in der Fassung vom 13.12.2007, ABl. 2008 C 115/47 (konsolidierte Fassung)
Am.J.Comp.L.	American Journal of Comparative Law
Am.J.Int'l L.	American Journal of International Law
Am.Soc'y Int'l L.Proc.	Proceedings of the American Society of International Law
Am.U.Int'l L.Rev.	American University International Law Review
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWD	Außenwirtschaftsdienst
Bd.	Band
BDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Berkeley J.Int'l L.	Berkley Journal of International Law
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Bl.f.vgl.RWiss	Blätter für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre
Brit.Y.B. Int'l L.	British Yearbook of International Law
Brook. J.Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law
BunkerölÜ	International Convention on Civil Liability for Bunker Oil Pollution Damage (BUNKER 2001) vom 23.3.2001, RMC II.7.130
Can.Bus.L.J.	Canadian Business Law Journal
CCAEL	Collected Courses of the Academy of European Law
CIEC	Commission Internationale de l'État Civil
CIM	Convention internationale concernant le transport des marchandises par chemin de fer vom 14.10.1890, RGBl. 1892 793; die CIM wurde als 1980 als Annex der COTIF in eben dieses Übereinkommen eingegliedert
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods vom 11.4.1980, 1489 UNTS 3
CIT	Comité International des Transports Ferroviaires/Internationales Eisenbahntransportkomitee

CIV	International Convention concerning the Carriage of Passengers and Luggage by Rail (CIV) vom 25.2.1961, 242 UNTS 354. Die CIV wurde als 1980 als Annex der COTIF in ebendieses Übereinkommen eingegliedert
CLC	International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage (CLC) vom 29.11.1969, 973 UNTS 3; geändert durch: Protokoll vom 19.11.1976, 1225 UNTS 356, Protokoll vom 25.5.1984, 23 ILM 177, Protokoll vom 27.11.1992, RMC II.7.51
CMI	Comité Maritime International
CMLR	Common Market Law Review
CMLRep.	Common Market Law Reporter
CMNI	Budapest Convention on the Contract for the Carriage of Goods by Inland Waterways (CMNI) vom 26.6.2001, BGBl. 2007 II 298
CMR	Convention on the Contract for the International Carriage of Goods by Road vom 19.5.1956, 399 UNTS 189
COTIF	Convention Concerning International Carriage by Rail vom 9.5.1980, 1397 UNTS 76
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVBt.	Deutsches Verwaltungsblatt
ECOSOC	Economic and Social Council
EG	Europäische Gemeinschaft oder EG-Vertrag in der Fassung des
EheGVO a. F.	Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29.5.2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten, ABl. 2000 L 160/10
EheGVO n. F.	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27.11.2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000, ABl. 2003 L 338/1
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950, BGBl. 1952 II 685
EP	Europäisches Parlament
EPLA	European Patent Litigation Agreement
EPÜ	Convention on the Grant of European Patents (European Patent Convention) vom 5.10.1973, 1065 UNTS 199
ETS	European Treaty Series
EU	Europäische Union oder EU-Vertrag in der Fassung des Amsterdamer Vertrages zur Änderung des Vertrages über die Europäische Union und des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft sowie einiger damit zusammenhängender Rechtsakte vom 2.10.1997, ABl. 1997 C C 340/1
EU (2007)	Vertrag über die Europäischen Union in der Fassung vom 13.12.2007, ABl. 2008 C 115/13 (konsolidierte Fassung)
EuBVO	Verordnung des Rates (EG) Nr. 1206/2001 vom 28.5.2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen, ABl. 2001 L 174/1

EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGH-VerfO	Verfahrensordnung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften vom 19.6.1991, ABl. 1991 L 176/7
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVÜ	Europäisches Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968, BGBl. 1972 II 774
EuGVVO	Verordnung des Rates (EG) Nr. 44/2001 vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. 2001 L 12/1
EuInsVO	Verordnung des Rates (EG) Nr. 1346/2000 vom 29.5.2000 über Insolvenzverfahren, ABl. 2000 L 160/1
EuR	Europarecht
Eur.J.Int'l L.	European Journal of International Law
Eur.L.Rev.	European Law Review
Eur.Rev.Private L.	European Review of Private Law
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft bzw. Vertrag über die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vom 25.3.1957, BGBl. 1957 II 1014
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen (EuVTVO), ABl. 2004 L 143/15
EuZVO	Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates vom 29.5.2000 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (EuZVO), ABl. 2000 L 160/37; aufgehoben durch: Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 vom 13.11.2007 des Europäischen Verfahrens über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates, ABl. 2007 L 324/79
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVerfV	Vertrag über eine Verfassung für Europa vom 29.10.2004, ABl. 2004 C 310/1
EVÜ	Europäisches Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.6.1980, BGBl. 1986 II 810
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957, BGBl. 1957 II 766
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FAO	Food and Agriculture Organization
FondsProt 2003	Protocol of 2003 to the International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage 1992 vom 16.5.2003, RMC II.7.115



FondsÜ	International Convention on the Establishment of an International Fund for Compensation for Oil Pollution Damage (FUND) vom 18.12.1971, 1110 UNTS 57
GA	Generalanwalt/Generalanwältin bzw. United Nations General Assembly
GATT 1947/1994	General Agreement on Tariffs and Trade, vom 31.10.1947, BGBl. 1951 II 173, bzw. vom 15.4.1994, ABl. 1994 L 336/1
Georgetown L.J.	Georgetown Law Journal
GG	Grundgesetz
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GYIL	German Yearbook of International Law
Haager UnterhaltsProt	Protocol on the Law Applicable to Maintenance Obligations vom 23.11.2007, ABl. 2009 L 331/19
Haager UnterhaltsÜ	Convention on the International Recovery of Child Support and other Forms of Family Maintenance vom 23.11.2007, verfügbar unter: < <a href="http://www.hcch.net/index_en.php?act=conventions.text&amp;cid=131">www.hcch.net/index_en.php?act=conventions.text&amp;cid=131</a> >
HaagerGVÜ	Hague Convention on Choice of Courts Agreements vom 30.6.2005, 44 ILM 1294
HaagerKSÜ	Hague Convention on Jurisdiction, Applicable Law, Recognition, Enforcement and Co-operation in respect of Parental Responsibility and Measures for the Protection of Children vom 19.10.1996, 2204 UNTS 808
HaagerWPÜ	Convention on the Law Applicable to Certain Rights in respect of Securities held with an Intermediary vom 5.7.2006, < <a href="http://www.hcch.net/index_en.php?act=conventions.text&amp;cid=72">www.hcch.net/index_en.php?act=conventions.text&amp;cid=72</a> >
Harv.L.Rev.	Harvard Law Review
Hg.	Herausgeber
HNSÜ	International Convention on Liability and Compensation for Damage in Connection with the Carriage of Hazardous and Noxious Substances by Sea vom 3.5.1996, 35 ILM 1406
IAEO	International Atomic Energy Agency
ICAO	International Civil Aircraft Organization
ICJ Rep.	International Court of Justice, Reports
ICLQ	The International and Comparative Law Quarterly
IGH	Internationaler Gerichtshof
IGHS	Statut des Internationalen Gerichtshofs
IHR	Internationales Handelsrecht
ILC	International Law Commission
ILM	International Legal Materials
ILO	International Labour Organisation
IMCO	Intergovernmental Maritime Consultative Organisation
IMO	International Maritime Organisation
Int'l Rev.L.Econ.	International Review of Law and Economics
IPBR	International Covenant on Civil and Political Rights vom 16.12.1966, 999 UNTS 171
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Verfahrensrechts

IPWSKR	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights vom 9.12.1966, 993 UNTS 3
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J. Private Int'l L.	Journal of Private International Law
J.Bus.L	Journal of Business Law
J.Legal Stud.	Journal of Legal Studies
J.Mar.L.&Com.	Journal of Maritime Law and Commerce
JZ	Juristenzeitung
KapstadtProt	Protocol to the Convention on International Interests in Mobile Equipment on Matters specific to Aircraft Equipment vom 16.11.2001, ABl. 2009 L 131/25
KapstadtÜ	Convention on International Interests in Mobile Equipment vom 16.11.2001, ABl. 2009 L 131/8
LNTS	League of Nations Treaty Series
LuganoÜ a.F.	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 16.9.1988, ABl. 1988 L 319/9
LuganoÜ n.F.	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 28.3.2007, ABl. 2009 L 147/1
LuxemburgProt	Luxembourg Protocol to the Convention on International Interests in Mobile Equipment on Matters specific to Railway Rolling Stock vom 23.2.2007, ABl. 2009 L 331/28
MDGVR	Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
MÜ	(Montreal) Convention for the Unification of Certain Rules for International Carriage by Air vom 28.5.1999, 2242 UNTS 350
n.F.	Neue Fassung
m.w.N.	Mit weiteren Nachweisen
Netherlands Int'l.Rev.	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nordic J.Int'l L.	Nordic Journal of International Law
Nw.J.Int'l L. & Bus.	Northwestern Journal of International Law and Business
ÖBGBl.	Österreichisches Bundesgesetzblatt
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OSPAR	Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic vom 22.9.1993, 32 ILM 1069
OTIF	Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr
ÖZöR	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
PAL Prot 2002	Protocol of 2002 to the Athens Convention relating to the carriage of passengers and their luggage by sea, 1974 (PAL Prot 2002) vom 1.11.2002, RMC II.5.202
PCIJ Rep.	Permanent Court of International Justice, Reports
RebelsZ	Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBÜ	Convention de Berne pour la Protection des œuvres littéraires et artistiques vom 9.9.1886, RGBl. 1887 493
RdC	Recueil des Cours de l'Académie de Droit International de La Haye

Res.	Resolution
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RMC	University of Southampton Institute of Maritime Law (Hg.), The Ratification of Maritime Conventions, London 1990
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.7.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), ABl. 2007 L 199/40
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl. 2008 L 177/6
Rs.	Rechtssache
SRÜ	United Nations Convention on the Law of the Sea vom 10.12.1982, 1833 UNTS 3
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
SVN	Satzung der Vereinten Nationen / VN-Charta
TLT	Trademark Law Treaty vom 27.10.1994, 2037 UNTS 35.
TransportR	Transportrecht
U.Pa.L.Rev.	University of Pennsylvania Law Review
UAbs.	Unterabsatz
UN-ECE	United Nations Economic Commission for Europe
UN GAOR	United Nations General Assembly Official Records
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNCLOS	United Nations Conference on the Law of the Sea
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNIDROIT	International Institute for the Unification of Private Law
Unif.L.Rev.	Uniform Law Review, New Series
UnterhaltsVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18.12.2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen, ABl. 2009 L7/1
UNTS	United Nations Treaty Series
Va.J.Int'l L.	Virginia Journal of International Law
VN	Vereinte Nationen
Wayne L.Rev.	Wayne Law Review
WCT	WIPO Copyright Treaty vom 20.12.1996, 36 ILM 1997 65
WIPO	World Intellectual Property Organization
WPPT	WIPO Performances and Phonograms Treaty vom 20.12.1996, 2186 UNTS 245
WTO	World Trade Organization
WVK	Vienna Convention on the Law of Treaties vom 23.5.1969, 1155 UNTS 331
WVK(IO)	Gleichlautender Artikel in der WVK und der WVKIO
WVKIO	Vienna Convention on the Law of Treaties between States and International Organizations or between International Organizations vom 21.3.1986, 25 ILM 543
Yale L.J.	Yale Law Journal
YBILC	Yearbook of the International Law Commission
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZEUS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfRVgl	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZHR	Zeitschrift für Handelsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZvglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft



## Einleitung

Lange bevor der Abbau tarifärer Handelshemmnisse zum Gegenstand allgemeiner internationaler Bemühungen wurde, war die Vereinheitlichung der Regeln des internationalen Privat- und Handelsrechts zur Erleichterung des internationalen Handels Gegenstand wissenschaftlichen und politischen Interesses. Durch Übereinkommen, durch welche die Staaten sich zur Angleichung verpflichteten, sollten das Privat- und Handelsrecht dort vereinheitlicht werden, wo es von besonderem Interesse für den Handelsverkehr war. Zwar sollte sich auch die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gemäß Art. 3 lit. h) EWGV zur Erreichung des Ziels einer harmonischen Wirtschaftsentwicklung des Mittels der Rechtsangleichung bedienen. Zunächst stand dabei allerdings nur die Beseitigung der tarifären und nichttarifären öffentlichrechtlichen Handelshemmnisse im Blickfeld der Gemeinschaft<sup>1</sup>. Bedingt durch die Kompetenzen der EG in diesem Bereich wurde frühzeitig das Verhältnis der gemeinschaftsrechtlichen Maßnahmen zu denen des GATT 1947 bzw. der WTO auf internationaler Ebene Gegenstand wissenschaftlicher Erörterungen<sup>2</sup>. Da hingegen das Privat- und Handelsrecht nur am Rande Gegenstand der Vereinheitlichungstätigkeit der EG war, bestand naturgemäß kaum wissenschaftliches Interesse, in diesem Bereich das Verhältnis zu den Institutionen der Privatrechtsvereinheitlichung sowie von diesen geschaffenen Instrumenten grundlegend zu klären.

---

<sup>1</sup> *Hallstein*, *RabelsZ* 28 (1964) 211; *Zweigert*, in: von Caemmerer/Nikisch/Zweigert (Hg.), *Vom deutschen zum europäischen Recht* (1963), Bd. II 401 (407); *Zimmermann*, *Die Europäisierung des Privatrechts und die Rechtsvergleichung* (2006) 13; *Schneider*, in: *Zentrum für Europäisches Wirtschaftsrecht* (Hg.), *Vorträge und Berichte* (1992), Bd. Nr. 10, 2, spricht von dem Eindruck der EG als Gemeinschaft des Wirtschaftsverwaltungsrechts; dies mag darauf zurückzuführen sein, dass auch in der ökonomischen Theorie vorrangig die Fragen des öffentlichen Rechts betrachtet wurden; siehe etwa: *Schmidtchen*, *RabelsZ* 59 (1995) 56 (105 ff.); *Wool*, *Unif.L.Rev.* n.s. 8 (2003) 389 (390).

<sup>2</sup> Jüngst etwa: *Sauer*, *Jurisdiktionskonflikte in Mehrebenensystemen* (2008) 207 ff.; *Licková*, *Eur.J.Int'l L.* 19 (2008) 463 (475 ff.); *Sander*, in: *Bauschke/Becker/et. al.* (Hg.), *Pluralität des Rechts* (2002) 95 ff.